

## Das iranische Atomprogramm und der Westen

Bilanz und Ausblick der nuklearen Nichtverbreitung in europäischen Fachaufsätzen

Anne Finger / Roland Hiemann

Die Frage, ob und wie der Iran zu einem Verzicht auf ein militärisches Atomprogramm bewegt werden kann, ist für die Zukunft sowohl der internationalen Sicherheit als auch speziell des globalen Nichtverbreitungsregimes von großer Bedeutung. Am 31. August 2006 ließ Teheran das vom UN-Sicherheitsrat gestellte Ultimatum verstreichen und widersetzte sich damit der Forderung, die Entwicklung eines eigenen Brennstoffkreislaufs zumindest vorübergehend auszusetzen. Die internationale Staatengemeinschaft ist nun herausgefordert, auf die Verstöße des Iran wirksam und geschlossen zu reagieren. In den Beiträgen einschlägiger Fachzeitschriften wird unter anderem der Frage nachgegangen, welche Motive der Iran haben könnte, Nuklearwaffen zu entwickeln. Einige Autoren unterziehen die diplomatischen Bemühungen der EU-3 einer kritischen Analyse. Angesichts der Gefahr einer Erosion des Nichtverbreitungsregimes werden außerdem mögliche Handlungsoptionen der internationalen Gemeinschaft diskutiert.

Auch wenn Teheran noch keine endgültige Entscheidung für den Bau der Bombe getroffen hat, ist zumindest davon auszugehen, dass der Iran daran arbeitet, eigene kernwaffenfähige Kapazitäten herzustellen. Diese Einschätzung wird von **Mark Fitzpatrick** vom Londoner International Institute for Strategic Studies geteilt. In der Herbstausgabe 2006 von *Survival* analysiert er das iranische Atomprogramm vor allem im Hinblick auf dessen mögliche militärische Zweckbestimmung.

Selbst wenn man dem Iran den »Bonus des Zweifels« zugestehe, lasse eine Reihe von Hinweisen den Schluss zu, dass das iranische Regime seine nuklearen Aktivitäten jahrelang unter dem Einfluss militärischer Motive vorangetrieben habe. Als »Beweis« führt Fitzpatrick unter anderem an, dass die Herstellung von P2-Zentrifugen unter Aufsicht der Defense Industries Organisation (DIO) erfolgte, der Dachorganisation für die iranische Rüstungsproduktion. Des weiteren liegen Erkenntnisse der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) vor, wonach die politische Führung in die For-

schung an Urantetrafluoriden – im Rahmen des sogenannten »Green Salt Project« – involviert gewesen sei.

Laut Fitzpatrick verfolgt Teheran die Strategie der »Bombe im Schrank«, indem es seine nuklearen Fähigkeiten auf eine Weise ausbaut, dass die Herstellung eigener Kernwaffen – sollte das Regime eine entsprechende Entscheidung treffen – letztendlich nur einen kurzen Entwicklungsschritt darstellen würde. Die Frage allerdings, wann der Iran den Punkt erreichen wird, ab dem es kein Zurück mehr gibt, und wie viel Zeit dem Westen im Atomstreit tatsächlich noch bleibt, wird sehr unterschiedlich beantwortet. Die zahlreichen Unbekannten in der iranischen Atomgleichung berücksichtigend prognostiziert Fitzpatrick, dass der Iran frühestens Ende 2009 über Kernwaffen verfügen könnte – ausreichend Zeit also, um den noch verbleibenden Handlungsspielraum zu nutzen und einen nuklear gerüsteten Iran zu verhindern.

### Sicherheitsbedrohung als Motiv?

Dass sich der Iran den Forderungen nach Einstellung der Arbeiten an einem eigenständigen Brennstoffkreislauf bisher nicht gebeugt hat, liegt daran, dass er in seinem Umfeld eine Reihe von Bedrohungen wahrnimmt. So zumindest eine auch von westlichen Beobachtern geäußerte – wenngleich nicht unumstrittene – Meinung, die exemplarisch **Adam Tarock** von der Universität in Melbourne in einem Aufsatz der *Third World Quarterly* vertritt. Er macht zunächst auf den ironischen Umstand aufmerksam, dass Europäer und Amerikaner den Iran unter der Herrschaft des Schahs jahrzehntelang bei dessen nuklearen Entwicklungen tatkräftig unterstützt haben. Nach 1979 habe es der Westen versäumt, die Sicherheitsinteressen des Iran ernst zu nehmen. Die Motive, die dem iranischen Atomprogramm (und einer möglichen Kernwaffenoption) zugrunde liegen, sieht Tarock daher in engem Zusammenhang

mit der doppelzüngigen und ignoranten Politik des Westens, insbesondere der USA. Seine Kritik lässt sich in zwei Punkten zusammenfassen:

Zunächst beschränke sich die dauerhafte Feindseligkeit zwischen den USA und Iran nicht auf den derzeitigen Atomstreit. Washington gehe es nicht in erster Linie um die nukleare Frage, sondern vielmehr um das Ärgernis eines autoritären Gewaltstaates, der sich den freiheitlichen Werten des Westens widersetze. Seit 1979 sei der Sturz des islamischen Regimes in Teheran ohnehin das Ziel jeder US-Administration gewesen. Tarock ist der Ansicht, dass die Bush-Regierung – sofern China und Russland sich gegen weitgreifende Sanktionen im Weltsicherheitsrat sperren – bereit sein wird, den Regimewechsel auf militärische Weise herbeizuführen. Der Streit um das iranische Atomprogramm diene insofern lediglich als Vorwand, dieses Ziel zu erreichen.

Mit seiner historischen Erfahrung habe der Iran guten Grund, sich vom Westen nicht nur isoliert und verraten, sondern – spätestens seit der amerikanischen Invasion im Irak 2003 – auch bedroht zu fühlen. Weder die USA noch die EU-3-Staaten Großbritannien, Frankreich und Deutschland hätten ernsthafte Anstrengungen unternommen, Teherans berechtigtes Gefühl der Bedrohung durch die Zusage umfassender Sicherheits- und Wirtschaftsgarantien zu dämpfen. So sei das von den Europäern im August 2005 vorgelegte Angebot zur Beilegung des Konflikts nichts weiter als eine »attraktive Schokoladenkiste« gewesen – ohne dass es viel Schokolade enthalten hätte. Auch die zeitweilig vorhandene Chance, Russland in das iranische Kernenergieprogramm einzubinden, um auf dessen Entwicklung Einfluss zu gewinnen, sei allzu leichtfertig vertan worden.

Auch **Gawdat Bahgat** von der Indiana University in Pennsylvania sieht in *Iranian Studies* das vorrangige Proliferationsmotiv im Horizont der iranischen Sicht auf die regionalen Sicherheitsstrukturen. Seine Argumentation stützt Bahgat auf die Beob-

achtung von drei Dynamiken, die auf das iranische Atomprogramm einwirkten und die die westliche Nichtverbreitungspolitik zu berücksichtigen habe. Erstens sehe sich der Iran seit den achtziger Jahren einem Konglomerat verschärfter regionaler Bedrohungen ausgesetzt. Dies schließe den nuklearwaffengerüsteten islamischen »Rivalen« Pakistan an Irans nördlicher Grenze ebenso ein wie die militärische Präsenz der USA im Nahen und Mittleren Osten, insbesondere im benachbarten Irak.

Zweitens dürften die nuklearen Ambitionen nicht losgelöst von ökonomischen und politischen Entwicklungen im Iran betrachtet werden, die das nationale Interesse des Landes heute – im Gegensatz zu den achtziger Jahren – zuvorderst bestimmen. Für Teheran seien aus diesem Grunde gute Beziehungen zu europäischen und asiatischen Wirtschafts- und Industriemächten unerlässlich. Der Westen tue gut daran, eine engere Anbindung des Iran an die internationale Staatengemeinschaft (beispielsweise durch den Beitritt zur Welt handelsorganisation) zu unterstützen. Man müsse sich langfristig von dem Gedanken leiten lassen, dass ein offener und integrierter Iran die Regeln und Normen des globalen Nichtverbreitungsregimes eher einhalten würde als ein autoritär geführter.

Drittens sei das iranische Bedürfnis nach Wiederherstellung von stolzerfülltem Selbstbewusstsein und Status in der Region untrennbar mit der Entwicklung der (zivilen) Kernenergietechnik verbunden. Dabei zeigt Bahgat durchaus Verständnis für das iranische Anliegen, vom Westen respektvoll und als gleichberechtigter Staat behandelt zu werden.

Bahgats Fazit: Die westliche Staatengemeinschaft ist stärker in die Verantwortung zu nehmen. Sie müsse kategorisch darauf verzichten, dem Iran militärische Maßnahmen anzudrohen. Stattdessen solle sie ihm wirksame Sicherheitsgarantien anbieten und den iranischen Atombedürfnissen im Rahmen eines regionalen Sicherheitsdialogs Rechnung tragen. Letztlich sei für den Iran nur ein Kompromiss annehm-

bar, der das »Überleben des Regimes« und die territoriale Integrität des Landes gewährleistet.

Einwände gegen die Auffassung, die äußere Bedrohung des Iran sei das Leitmotiv seines Atomprogramms, werden jedoch auch geäußert. Für **Anoushiravan Ehteshami**, Professor an der Universität von Durham, hat sich Teheran über die Jahrzehnte hinweg selbst in eine defensive Bedrohungslage begeben. In seinem Beitrag zu einem *Chaillot Paper* des Pariser Institute for Security Studies stellt er zunächst fest, dass sich die internationale und regionale Situation des Landes nach der Revolution von 1979 vornehmlich zu dessen Ungunsten gewandelt habe. Der Iran habe sich von den Folgen des Ersten Golfkriegs noch nicht erholt, und die militärischen Kooperationen mit China, Russland und Nordkorea seit den achtziger Jahren prägten bis heute den technologischen Entwicklungsstand des Landes. Paradoxe Weise bleibt Teheran ungeachtet dessen weiterhin angewiesen auf den Zugang zu westlichen Rüstungsgütern.

Die kompromisslose Atompolitik von Präsident Mahmud Ahmadinedschad füge sich in den langfristigen »Trend«, dass maßgebende Akteure Iran in eine sicherheitspolitische Sackgasse manövrierten. Ehteshami verweist jedoch darauf, dass die Entwicklung eines Kernwaffenpotentials in der inneriranischen Debatte keineswegs vorbehaltlos und von allen Lagern gefordert werde. Selbst in der Frage des Zugangs zu rein zivil genutzter Kernenergie zeige sich ein fragmentiertes Meinungsbild. Während dieses »unveräußerliche Recht« von der einen Seite als nationaler Imperativ eines kulturell überlegenen Iran geltend gemacht werde, vertrete die andere Seite die Auffassung, dass die Fokussierung auf eine aufwendige Nuklearforschung anderen Wirtschafts- und Technologiesektoren langfristig schade. In welche Richtung sich die iranische Atompolitik letztlich entwickeln wird, hänge auch davon ab, welche dieser Seiten sich langfristig durchsetzen werde. Im schlimmsten Fall, so Ehteshamis Fazit,

könnte sich Teheran unweigerlich dem Szenario einer militärischen Konfrontation mit den USA und ihren Alliierten ausgesetzt sehen – und würde dafür selbst die Hauptverantwortung tragen. Zu keinem anderen Zeitpunkt der Geschichte des Nahen Ostens sei die Gefahr einer »sich selbst bewahrheitenden Prophezeiung regionaler Militarisierung« größer gewesen, als dies gegenwärtig der Fall sei.

## Handlungsoptionen

Während sich die bereits besprochenen Aufsätze in erster Linie mit den Sicherheitsinteressen des Iran und seinen Motiven auseinandersetzen, gehen andere Autoren stärker auf die Rolle der Europäer im Atomstreit ein.

**Roberto Aliboni**, Forschungsdirektor am Istituto Affari Internazionali in Rom, argumentiert im *International Spectator*, dass es den USA und den EU-3-Staaten sehr wohl gelungen sei, gegen das iranische Atomprogramm vorzugehen. Die Iran-Initiative der EU-3 zeige, dass die EU – auf der Basis eigener Prinzipien und Ziele – eine wichtige sicherheitspolitische Rolle in der Golfregion spielen könne. Dass ihre Bemühungen mittlerweile als so gut wie gescheitert angesehen werden müssten, läge weniger an der diplomatischen Unfähigkeit der Europäer als vielmehr an den veränderten Bedingungen im Iran. Den Ansatz der EU, den nuklearen Bedrohungen mit Kooperation und Verhandlungen zu begegnen, hält Aliboni für sinnvoll. Wenn es der europäischen Diplomatie nicht gelungen sei, zu einer Einigung mit den radikalen Kräften im Iran zu kommen, werde es den USA erst recht misslingen, den Iran zum Einlenken zu zwingen. Aus den Impulsen der Europäer könnte eine Plattform für ein gemeinsames transatlantisches Vorgehen entstehen. Es gelte insofern, die europäischen Initiativen weiterzuentwickeln und zu stärken.

Wesentlich kritischer schätzt **Thérèse Delpech**, Mitarbeiterin am Centre d'Etudes

et de Recherches Internationales und Direktorin für strategische Studien beim Commissariat à l'Énergie Atomique, die Motive des Iran und damit auch das Vorgehen der EU-3 ein. In ihrem in *Politique internationale* erschienenen Beitrag rekapituliert sie den Verlauf der Verhandlungen und spielt die verschiedenen Optionen für das weitere Vorgehen durch.

Bereits im November 2003 seien die Voraussetzungen für eine Anrufung des UN-Sicherheitsrats erfüllt gewesen, nachdem der Gouverneursrat der IAEO eine Vielzahl von Verstößen gegen die Auflagen des NVV festgestellt habe. Delpech stellt die Frage, was in den anschließenden drei Jahren Verhandlungen erreicht worden sei. Trotz der vereinbarten Unterbrechung ihrer Aktivitäten hätten die Iraner in wesentlichen Bereichen erhebliche Fortschritte erzielen können. Für sie steht eindeutig fest, dass der Iran von Beginn an lediglich Zeit gewinnen wollte und folgerichtig jede getroffene Abmachung gebrochen habe.

Neuerliche Untätigkeit könnten sich die Europäer nicht leisten, ihre internationale Glaubwürdigkeit habe bereits gelitten. Das iranische Regime konsolidiere sich unterdessen nach außen und innen. Der UN-Sicherheitsrat könne weitere Erklärungen verabschieden, jedoch seien die Auswirkungen auf Teheran nach den bisherigen Erfahrungen zweifelhaft und kämen einem Nichthandeln gleich. Nichthandeln aber erhöhe die Gefahr, dass eine Situation eintrete, in der die Anwendung von Gewalt wahrscheinlicher werden könnte.

Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen sei auch zu bezweifeln, dass Teherans aktuelles Regime ein geeigneter Partner für neue Gesprächsrunden sei. Delpech hält in dieser Situation abgestufte Sanktionen nicht nur für die sinnvollste, sondern auch für die einzige Handlungsoption, die Aussicht auf Erfolg habe. Voraussetzung sei allerdings, dass die Maßnahmen weit genug reichten und bei Bedarf schnell und entschlossen verschärft werden könnten.

Wirtschaftlich wäre Teheran durch Sanktionen empfindlich zu treffen – Iran sei in hohem Maße auf ein fortschreitendes Wirtschaftswachstum angewiesen, um Arbeitsplätze für die große Anzahl jobsuchender junger Menschen zu schaffen. Könnte der Iran international isoliert werden, bestünde Delpêche zufolge die Chance, dass der eigentliche Machtinhaber Chameini Politik und Position Ahmadinedschads aus Sorge um das eigene politische Überleben in Frage stellt.

Wenn ausländische Investitionen und jegliche Finanztransaktionen unterbunden sowie Auslandsvermögen eingefroren würden, so Delpêche, könnte auf ein Öl-embargo vorerst verzichtet werden. Doch selbst in diesem Fall hält die Autorin es für geboten, dem Iran die Möglichkeit zu erschweren, über seine Erdölexporte Druck auszuüben. Um dies zu bewerkstelligen, wäre es sinnvoll, die saudiarabische Erdölförderquote zu erhöhen, die Sicherheit der Straße von Hormuz zu verbessern und die Transportwege über das Rote Meer auszubauen.

Die Anwendung von Gewalt ist nach Ansicht Delpêchs nicht nur wenig erstrebenswert, sondern auch diejenige Option, welche die meisten Risiken birgt. Weder die USA noch Israel seien auf ein militärisches Vorgehen vorbereitet. Gleichwohl sprechen laut Delpêche schwerwiegende Gründe dafür, eine atomare Bewaffnung des Iran notfalls mit Gewalt zu verhindern: das Potential, die Region zu destabilisieren und sich als regionale Großmacht aufzuspielen, wäre unter einem nuklearisierten Iran vervielfacht. Zu guter Letzt könne nicht ignoriert werden, dass der Iran das Existenzrecht Israels vehement bestreitet. Delpêche zitiert beipflichtend die Worte des amerikanischen Senators McCain: »Das einzige, was schlimmer ist als eine Militäraktion gegen den Iran, ist ein nuklearer Iran«.

## Auswirkungen auf den Nichtverbreitungsvertrag

Wie schon angekündigt, wurde in der europäischen Debatte bislang einhellig der Standpunkt vertreten, dass keine Bemühungen gescheut werden sollten, den NVV zu erhalten. **Wade Huntley** vom Simons Centre for Disarmament and Non-Proliferation Research der University of British Columbia in Kanada setzt sich entsprechend mit den Konsequenzen eines nuklear bewaffneten Iran insbesondere für den Nichtverbreitungsvertrag auseinander. In *International Affairs* stellt er verschiedene Ansätze vor, wie der Vertrag gestärkt und bewahrt werden kann.

Ein nuklear bewaffneter Iran würde die Spannungen in der Region verschärfen und den Grad ihrer Instabilität erhöhen. Nachdem Israel und Pakistan bereits über Nuklearwaffen verfügen, könnten sich durch eine Bewaffnung Irans auch die Türkei, Saudi-Arabien und Ägypten gedrängt sehen, zusätzliche Sicherheitsgarantien von den USA einzufordern bzw. eigene nukleare Kapazitäten aufzubauen.

Eine Vertiefung der Kluft zwischen dem Iran und seinen Nachbarn sowie der ethnischen und religiösen Trennlinien wäre wahrscheinlich, der Konflikt um Israel würde sich voraussichtlich weiter zuspitzen. Die fortschreitende Erosion der regionalen Sicherheit würde sich negativ auf die globale Ölindustrie auswirken.

Der Fall Iran ist für Huntley ein weiteres Beispiel dafür, wie ein Land im Einklang mit dem NVV eigene nukleare Fähigkeiten für den zivilen Gebrauch entwickeln kann, um sie später regelwidrig zur Gewinnung nuklearwaffenfähigen Spaltmaterials zu nutzen. Seien diese Kapazitäten und Fähigkeiten erst einmal erworben, bestehe die Gefahr, dass der Staat den NVV aufkündigt und binnen kurzer Zeit zu einer Atom-macht wird.

Huntley zeigt verschiedene denkbare Möglichkeiten auf, wie sich dieses »Schlupfloch« stopfen lässt: Zum einen könnte allen Ländern, die gegen die in Artikel I und II

des NVV festgelegten Nichtverbreitungsaufgaben verstoßen, die Unterstützung beim Aufbau eines zivilen Atomprogramms verweigert werden. Darüber müsste allerdings von Fall zu Fall entschieden werden – in den Augen Huntleys besteht dabei die Gefahr politisch aufgeladener, inkonsistenter Umsetzungen.

Eine weiter reichende, aber weniger politische Herangehensweise wäre es, grundsätzlich allen Ländern den Aufbau eines eigenen Brennstoffkreislaufs zu verwehren, die noch nicht über die dazu notwendigen Fähigkeiten verfügen. Damit einher ginge allerdings eine Ungleichbehandlung und Benachteiligung einiger NVV-Mitgliedstaaten.

Die konsequenteste Lösung wäre, ausnahmslos alle Urananreicherungsstätten oder Anlagen zur Separierung von Plutonium unter internationale Kontrolle und Aufsicht der IAEO zu stellen. Allerdings wäre mit starkem Widerstand gegen diese Lösung zu rechnen, deren Durchsetzung viel Zeit und Mühen kosten würde.

Grundsätzlich steht für Huntley fest, dass die Anwendung von Artikel IV NVV (zivile Nutzung der Kernenergie) überdacht werden muss, wenn dem Iran ein nuklearer Brennstoffzyklus verweigert werden soll, wie ihn andere NVV-Staaten bereits entwickelt haben. Um die externe Unterstützung nuklearer Aktivitäten des Iran einschränken zu können, sei man auf die Kooperation Russlands und Chinas sowie anderer Anbieterstaaten angewiesen. Auch eine glaubhafte Androhung wirtschaftlicher Sanktionen hält Huntley nur für möglich, wenn diejenigen Staaten, deren ökonomische Interessen betroffen wären, geschlossen agieren – das gilt vor allem auch für die asiatischen Länder, die massiv von iranischem Öl abhängig sind.

Im übrigen ist auch Huntley der Meinung, dass von allen Akteuren die EU die besten Aussichten hat, dem Iran Zugeständnisse abzurufen. Gleichzeitig sei klar, dass eine Lösung nur mit Zustimmung der USA erreicht werden könne. Entscheidende Bedeutung misst er Sicherheitsgarantien

der USA bei sowie deren Verzicht auf martialische Rhetorik und auf mit Drohungen verbundene Forderungen nach einem Regimewechsel.

Eine Reihe von Autoren sieht den Aufstieg des Iran zu einer Atommacht bereits als unabwendbar an. Vor allem in der amerikanischen Debatte mehren sich die Stimmen der sogenannten Nichtverbreitungspessimisten und Abschreckungsoptimisten. Diese halten eine stabile, auf gegenseitiger Abschreckung basierende nukleare Ordnung einer Welt für möglich, die aus 20 oder mehr Atomstaaten besteht. In Europa war dies bislang weitestgehend eine Außenseiterposition, die beispielsweise der Politikwissenschaftler **Philippe Moreau Defarges** vom Institut Français des Relations Internationales bezogen hat. Defarges' Ansicht nach lässt sich die atomare Bewaffnung des Iran nicht aufhalten. Folglich sollte sich die internationale Gemeinschaft verstärkt Gedanken darüber machen, wie sie das Unvermeidliche in ihrem Sinne gestalten könne. Es gehe um nicht weniger, als eine nukleare Ordnung aufzubauen, die nach demokratischen Regeln funktioniert. In seinem Artikel für *Politique internationale* stellt er grundsätzlich in Frage, ob es mit einem westlichen Verständnis einer Ordnung gleichberechtigter Staaten vereinbar ist, dem Iran den Aufbau eines militärischen Atomprogramms zu verwehren.

Darüber hinaus zweifelt er an der Richtigkeit der vorherrschenden Meinung, eine größere Anzahl atomar bewaffneter Länder sei zwangsläufig gleichbedeutend mit einer strukturell gefährlicheren Welt. Defarges teilt vielmehr die Einschätzung des Realisten Kenneth Waltz: Je mehr atomar bewaffnete Staaten es gäbe, desto stärker wären diese zu Zurückhaltung und Abschreckung angehalten. Jeder Staat, der mit dem Gedanken spielte, seine nuklearen Fähigkeiten einzusetzen, wüsste genau, dass er mit einer unmittelbaren Reaktion anderer Staaten zu rechnen hätte.

Defarges führt verschiedene Gründe an, die für die Annahme sprechen, dass ein ato-

marer Iran ein durchaus verantwortungsbewusster und rational handelnder Akteur sein könnte: Zum einen hält er die iranische Gesellschaft für moderner als vielfach dargestellt, zum andern sei das Agieren Ahmadinedschads weniger irrational, als es den Anschein habe. Außerdem, so Defarges, wäre es geopolitisch für den Iran und die USA empfehlenswert, miteinander zu kooperieren. Die Vereinigten Staaten seien der letzte verbliebene Sicherheitsgarant im Mittleren Osten, der Alliierte Israel klein und verwundbar. Der Iran könnte innerhalb der spannungsgeladenen und chaotisch anmutenden arabischen Welt ein idealer Stützpfiler sein.

## Fazit

Die Motive, die den Iran mutmaßlich bewegen, ein Atomprogramm auch zu militärischen Zwecken zu entwickeln, sind vielfältig. In der europäischen Debatte werden insbesondere globale und regionale Sicherheitsinteressen angeführt. Während diese Interessen in den achtziger Jahren vor allem durch die irakische Bedrohung bestimmt waren, spielen heute die USA eine wesentliche Rolle in der Wahrnehmung Teherans. Daraus jedoch unmittelbar die Rechtfertigung für iranische Atomwaffen abzuleiten, wäre eine grobe Verkürzung des Motivbündels. Das Streben nach einer regionalen Vormachtstellung und nach Prestigegewinn spielen als Beweggründe ebenfalls eine Rolle.

Die bisherigen Bemühungen der EU-3 können durchaus als Erfolg gewertet werden. In einer überaus schwierigen Angelegenheit ist es gelungen, innereuropäische Einigkeit und diplomatische Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Darüber hinaus konnten die USA für die europäische Vorgehensweise gewonnen und konnten Russland und China eng an den Verhandlungsprozess angebunden werden.

Mittlerweile sind die Verhandlungen jedoch eingestellt worden. Die internationale Staatengemeinschaft steht nun vor der

Aufgabe, eine atomare Bewaffnung des Iran durch politische und wirtschaftliche Druckmittel zu verhindern. Sollte diese Sanktionsstrategie scheitern, besteht nicht nur die Gefahr eines atomaren Rüstungswettlaufes in Nahost und anderen Teilen der Welt. Auf dem Spiel steht vor allem auch die Zukunft des globalen Nichtverbreitungsregimes. Würde diesem Regime ein Ende gesetzt, dürfte es in Zukunft kaum möglich sein, Transparenz in der zivilen Nutzung von Kernenergie zu gewährleisten.

## Besprochene Aufsätze

**Aliboni, Roberto**, »Europe's Role in the Gulf: A Transatlantic Perspective«, in: *The International Spectator*, 41 (April/Juni 2006) 2, S. 33–50

**Bahgat, Gawdat**, »Nuclear Proliferation: The Islamic Republic of Iran«, in: *Iranian Studies*, 39 (September 2006) 3, S. 307–327

**Defarges, Philippe Moreau**, »L'Iran et la bombe: Un faux problème?«, in: *Politique internationale*, (Frühjahr 2006) 111, S. 187–198

**Delpech, Thérèse**, »L'Iran et la bombe: Options de fin de partie«, in: *Politique internationale*, (Frühjahr 2006) 111, S. 177–186

**Ehteshami, Anoushiravan**, »The Future of Iran's Defence and Nuclear Policy«, in: Walter Posch (Hg.), *Iranian Challenges*, Paris, Mai 2006 (Chaillot Paper Nr. 89), S. 73–85

**Fitzpatrick, Mark**, »Assessing Iran's Nuclear Programme«, in: *Survival*, 48 (Herbst 2006) 3, S. 5–26

**Huntley, Wade L.**, »Rebels without a Cause: North Korea, Iran and the NPT«, in: *International Affairs*, 82 (Juli 2006) 4, S. 723–742

**Tarock, Adam**, »Iran's Nuclear Programme and the West«, in: *Third World Quarterly*, 27 (2006) 4, S. 645–664

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2006  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380